

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4422

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4422



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Historische Reallohnverluste bei hohem Kostendruck erfordern zwingend Realloohnerhöhungen

Lohnforderungen für 2024

Die Reallöhne der Schweizer Arbeitnehmenden dürften in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge sinken, eine vergleichbare Entwicklung hat es in der Nachkriegszeit nie gegeben. Travail.Suisse und seine Verbände fordern je nach Branche generelle Lohnerhöhungen bis zu 4,5 Prozent für alle Arbeitnehmenden. Aufgrund des anhaltenden Kostendrucks sind diese dringend notwendig. Die Spielräume für Lohnerhöhungen sind bei den Unternehmen vorhanden. Dies zeigen anhaltende Zuwächse bei der Produktivität und Betriebsgewinne, welche inzwischen höher liegen als noch vor der Pandemie.

Zum dritten Mal in Folge sinken die Reallöhne in der Schweiz. Die gleichzeitig anhaltende wachsende Produktivität führt dazu, dass die Gewinne der Unternehmen überschüssig sind und inzwischen höher liegen als vor der Pandemie. «Es braucht 2024 endlich substanzielle Lohnerhöhungen für alle Arbeitnehmenden», so Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik bei Travail.Suisse. «Diese sind umso dringlicher, als die Lebenshaltungskosten vieler Arbeitnehmender anhaltend stark steigen. Höhere Mieten, steigende Krankenkassenprämien und immer teurere Lebensmittel reduzieren die Kaufkraft vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schmerzhaft», so Bauer.

Bei den Lohnforderungen orientieren sich die Gewerkschaften und Verbände von Travail.Suisse insbesondere an der Teuerung, der Produktivität und der Lohnentwicklung der Vorjahre. «Syna fordert je nach Branche 3,5 bis 4,5 Prozent mehr Lohn. Insbesondere in den handwerklichen Berufen, der MEM-Industrie und dem Gesundheitswesen sind bedeutende Lohnerhöhungen angezeigt», so Johann Tscherrig, Leiter Interessens- und Vertragspolitik der Gewerkschaft Syna. «Die anhaltenden Reallohnverluste bei stetig steigender Arbeitsbelastung sind nicht mehr tragbar», so Tscherrig weiter.

Im Service Public konnte die Teuerung im vergangenen Jahr in fast keiner Branche vollständig kompensiert werden. Deshalb besteht auch hier Nachholbedarf. «Es braucht in diesem Jahr für alle Angestellten im Service Public den vollen Teuerungsausgleich, damit die Kaufkraft erhalten bleibt», so Greta Gysin, Präsidentin des Personalverbandes transfair.

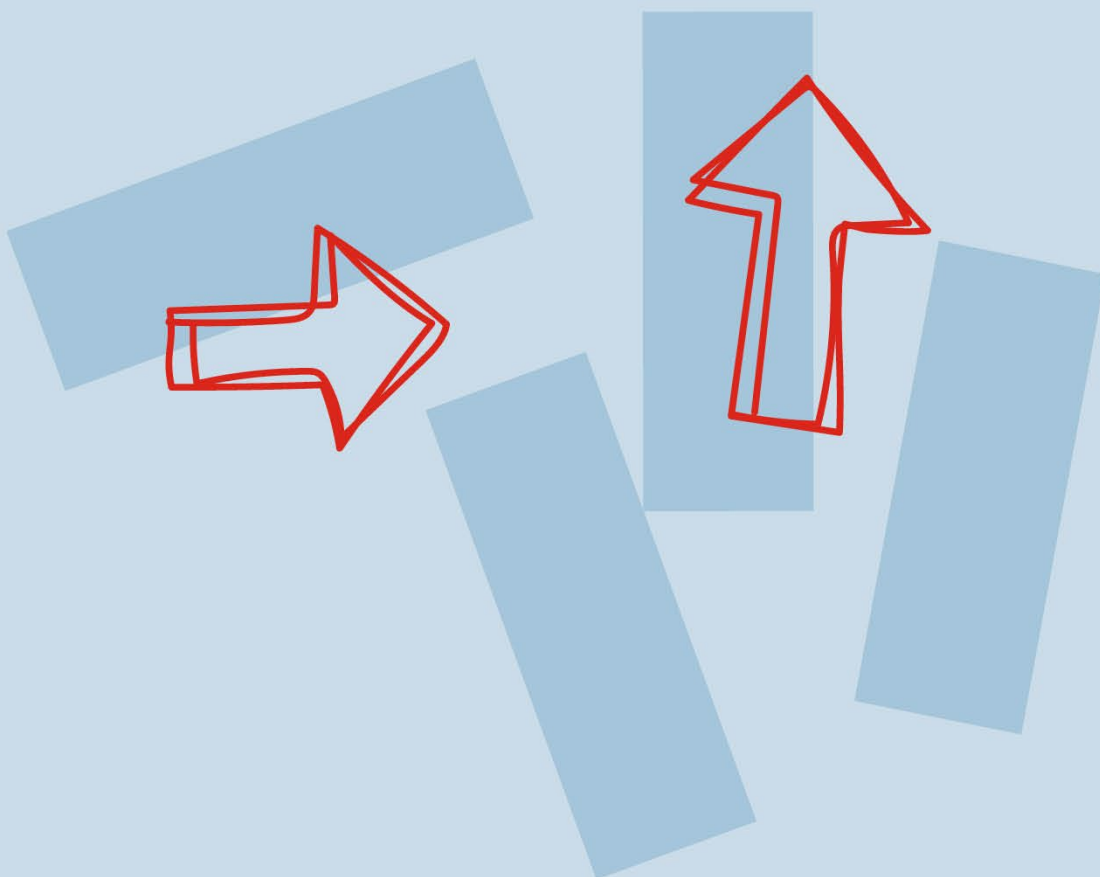
Bereits abgeschlossen sind die Lohnverhandlungen im Gastgewerbe. Die Resultate sind ernüchternd: Neben dem Teuerungsausgleich erhalten die Angestellten mickrige 5 Franken mehr Lohn pro Monat. «Angesichts der hervorragenden Geschäftssituation im Gastgewerbe, der sehr hohen Arbeitsbelastung und des weit verbreiteten Arbeitskräftemangels ist der Lohnabschluss erneut mehr als unbefriedigend», so Roger Lang, Leiter Recht, Sozialpolitik und Kampagnen bei der Hotel & Gastro Union.

Auskünfte

- Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik Travail.Suisse, 077 421 60 04, bauer@travailsuisse.ch,
- Johann Tscherrig, Leiter Interessens- und Vertragspolitik Syna, 079 611 70 26, johann.tscherrig@syna.ch
- Greta Gysin, Präsidentin transfair, 079 409 33 10, greta.gysin@parl.ch
- Roger Lang, Leiter Recht, Sozialpolitik und Kampagnen, Hotel & Gastro Union, 079 716 79 64, roger.lang@hotelgastrounion.ch

Analyse zu den Lohnforderungen

Kaufkraft stärken – Gewinne gerecht verteilen



Wirtschaftspolitik

Zusammenfassung

Seit 2021 sind die Reallöhne deutlich rückläufig. Im Jahr 2023 befinden sie sich unter dem Niveau von 2015. Drei Jahre hintereinander mit rückläufigen Reallöhnen wurden zudem in der Nachkriegszeit bisher nie registriert.

Während 2021 und 2022 deutlich steigende Energiepreise sowohl Arbeitnehmende wie auch Arbeitgebende belasteten, konnten im bisherigen Verlauf des Jahres 2023 die Arbeitgebenden ihre Gewinne erneut deutlich steigern. Die anhaltenden Preiszuwächse erklären sich somit hauptsächlich durch höhere Gewinne. Gleichzeitig drohen den Arbeitnehmenden weitere Reallohnverluste.

Die Kaufkraftkrise hält aber auch deshalb an, weil die effektiven Lebenshaltungskosten deutlich stärker ansteigen als die Inflation. Dies erklärt sich vor allem durch die in den Jahren 2023 und 2024 stark steigenden Krankenkassenprämien. Diese trifft insbesondere Familien mit mittleren Einkommen stark.

Durch die erheblich gewachsenen Gewinne der Arbeitgebenden bei gleichzeitig tieferen Energiekosten steigen die Spielräume für Lohnerhöhungen deutlich. Diese sind dringend nötig, um die Kaufkraft der Arbeitnehmenden nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken.

Inhalt

1. Zusammenfassung.....	1
2. Löhne und Inflation - Grundlagen.....	2
3. Löhne und Profite im aktuellen Aufschwung – Analyse	4
4. Effektive Entwicklung der Lebenshaltungskosten 2023 und 2024	9

Löhne und Inflation – Grundlagen

Grundsätze der Lohnpolitik

Travail.Suisse orientiert sich bei den Lohnforderungen am Grundsatz, dass sich die Löhne im Gleichschritt mit den Preisen und der Produktivität entwickeln sollen:

$$\text{Lohnentwicklung} = \text{Inflationsrate} + \text{Produktivitätswachstum}$$

Beträgt die Inflationsrate beispielsweise 2% und ist die Produktivität um 1% gestiegen, so müssen die Löhne um 3% steigen. Die Anpassung der Löhne an die Preise sichert die reale Kaufkraft der Arbeitnehmenden, die Anpassung der Löhne an die Produktivität stellt sicher, dass die Produktivitätsgewinne gleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden verteilt werden.¹ Folglich bleibt die Verteilung der Einkommen zwischen Arbeitnehmenden, Arbeitgebern bzw. Aktionären stabil.

Ausnahmen sind insbesondere dann angebracht, wenn die Löhne in den Vorjahren weniger stark gestiegen sind oder in einer Branche strukturell zu tiefe Löhne bezahlt werden. Produktivitätsgewinne können auch zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden.

Inflation

Steigende Preise führen in der Regel zu Umverteilungen und damit zu Gewinnern und Verlierern. Entscheidend dafür sind die damit verbundene Entwicklung der Löhne, der Produktivität, der Profite und der Importpreise. Zwei Beispiele zeigen die entsprechenden Zusammenhänge:

▪ Inflation bei stagnierenden Löhnen

Inflation bei stagnierenden Löhnen führt auf der einen Seite zu Reallohnverlusten bei den Arbeitnehmenden. Auf der anderen Seite können Arbeitgebende oder Aktionäre zusätzliche Einnahmen erwirtschaften. Steigen hingegen in erster Linie die Importpreise, beispielsweise in Folge steigender Ölpreise, dann erhöhen sich die Einnahmen des Auslands.

▪ Inflation bei stagnierender Produktivität und steigenden Löhnen

Steigen die Löhne stärker als die Produktivität, dann sinken entweder die Margen der Arbeitgebenden oder es ergibt sich ein zusätzlicher Druck auf die Preise.

Sofern alle anderen Parameter gleichbleiben, führen somit folgende Einflussfaktoren zu einer entsprechenden Wirkung auf die Preise:

Einflussfaktor	Wirkung
Lohnwachstum	Erhöht Preise
Produktivitätswachstum	Senkt Preise
Profitwachstum	Erhöht Preise
Wechselkurs	Aufwertung senkt Importpreise, Abwertung erhöht Importpreise
Hohe Importquote	Erhöht Abhängigkeit von ausländischer Preisentwicklung

¹ Vgl. Travail.Suisse (2022): «Grundsätze der Lohnpolitik – Kaufkraft sichern, Produktivitätsgewinne gerecht verteilen und ein hohes Beschäftigungsniveau ermöglichen», Positionspapier, S. 3.

Der Zusammenhang kann vereinfachend als Formel dargestellt werden:²

$$\text{Preisniveau} = \frac{\text{Löhne}}{\text{Produktivität}} \times \text{Profite} + \text{Wechselkurs} \frac{\text{Importe}}{\text{BIP}}$$

Das Preisniveau ist somit abhängig von den Löhnen, der Höhe der Profite, der Produktivität und der Preise importierter Güter, wobei letztere auch abhängig vom Wechselkurs sind. Änderungen in den entsprechenden Grössen erklären somit auch Änderungen des Preisniveaus.

Als Zielgrösse soll dabei nicht eine Inflationsrate von Null angestrebt werden, sondern ein kontinuierlicher leichter Anstieg der Preise.

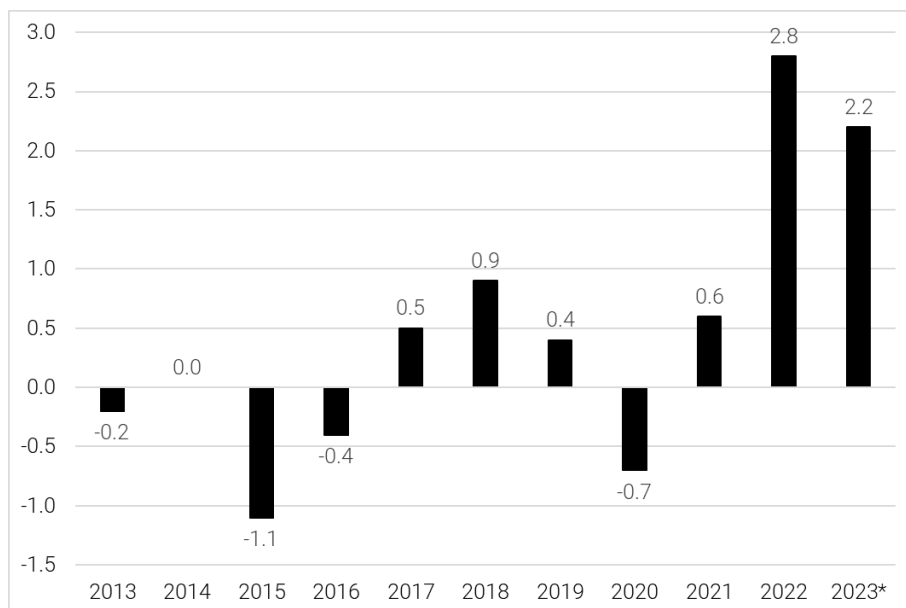
² z.B. Heine M. und H. Herr (2023): «Inflation – Lehren für heute aus den Krisen von gestern», Marburg, S. 171ff oder Lavoie M. (2015): «Post-Keynesian Economics – New Foundations», Cheltenham (UK)/Northampton (USA), S. 541ff.

Löhne und Profite im aktuellen Aufschwung – Analyse

Nach der Pandemie erholte sich die schweizerische Volkswirtschaft in hohem Tempo. Teilweise unterbrochene Lieferketten und der rasante Anstieg der Energiepreise in Folge des russischen Einmarsches in die Ukraine führten ab dem Jahr 2021 zu einem starken Anstieg der Preise.

Landesindex der Konsumentenpreise – Wachstum zum Vorjahr

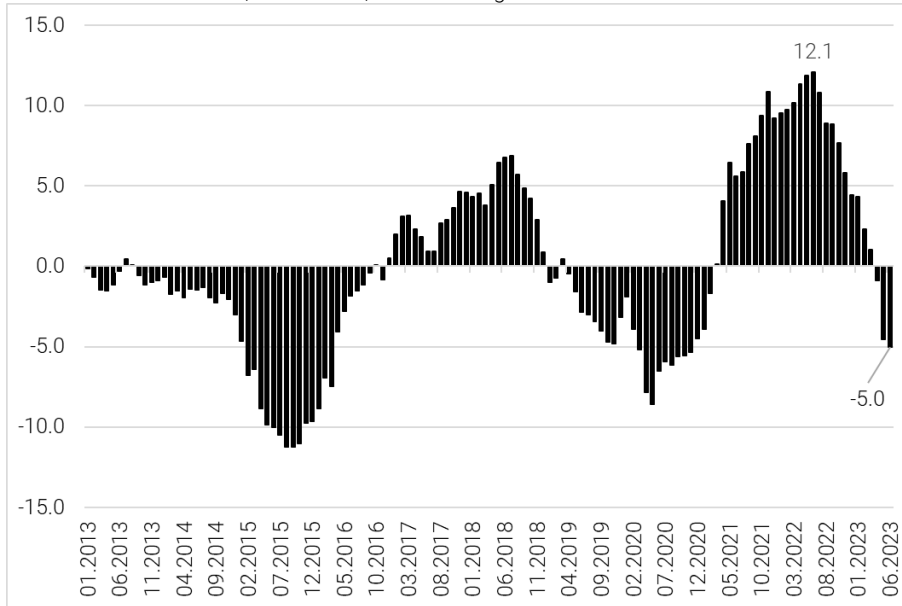
Bundesamt für Statistik, 2013-2023, 2023*=Prognose SNB, Veränderung in %



Insbesondere die höheren Preise für importierte Energie trugen im Jahr 2022 zur höheren Inflationsrate bei. Die deutliche Aufwertung des Schweizer Frankens wirkte zwar dämpfend auf die Importpreise, konnte das starke Preiswachstum aber nicht verhindern. Seit April 2023 sind die Importpreise wieder rückläufig. Dies erklärt sich wiederum in erster Linie durch die tieferen Energiepreise.

Importpreisindex – Wachstum zum Vorjahr

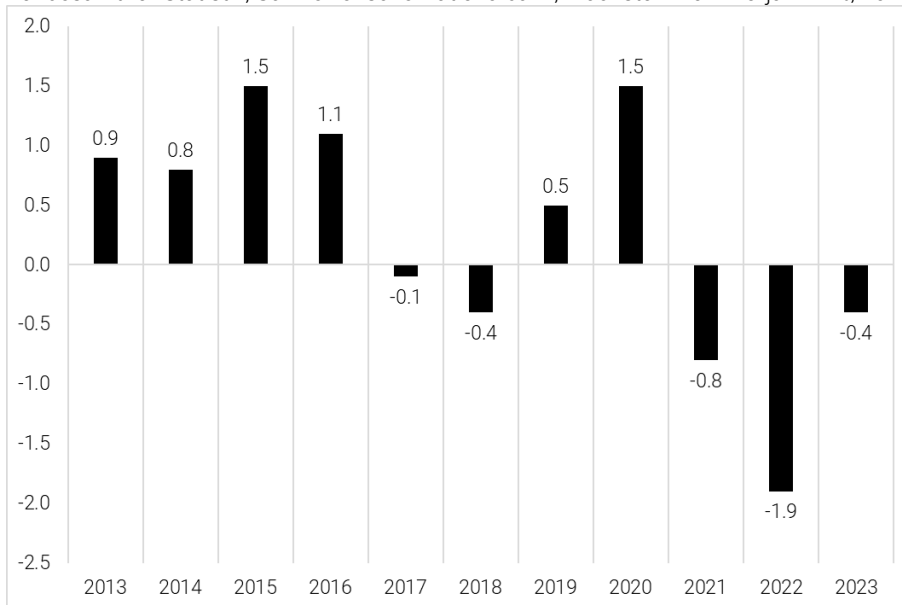
Bundesamt für Statistik, 2013-2023, Veränderung in %



Mit dem Anstieg der Preise hielten die Löhne nicht stand. In den Jahren 2021-2023 sanken die Reallöhne der Arbeitnehmenden deutlich.

Reallöhne

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Wachstum zum Vorjahr in %, 2013-2023

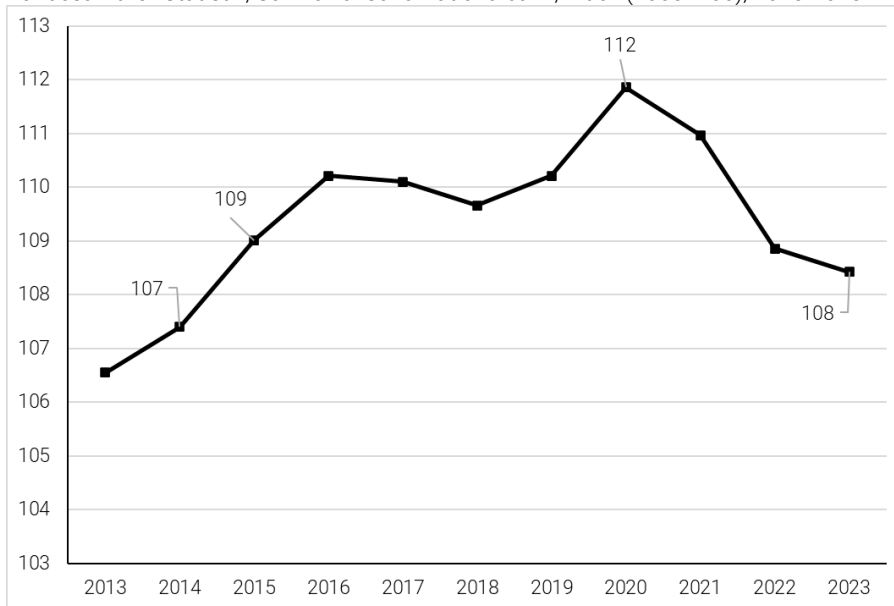


Zur Grafik: Die Berechnung der Reallohnentwicklung für das Jahr 2023 erfolgt aus der Quartalschätzung des Bundesamts für Statistik für das 1. Quartal 2023 und der Prognose der Inflationsrate der Schweizerischen Nationalbank.

Als Folge davon sanken die Reallöhne unter das Niveau von 2015.

Reallöhne Index 2013-2023

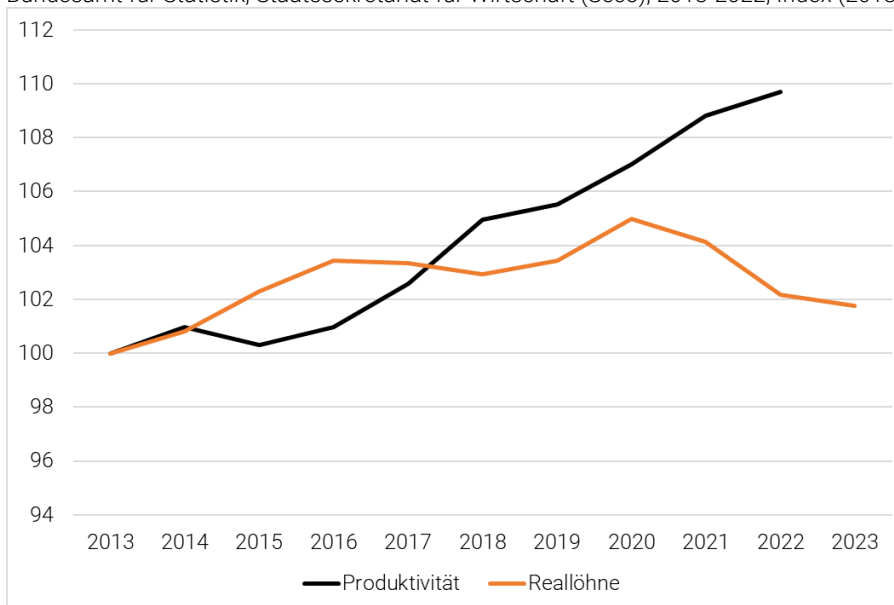
Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Index (2003=100), 2013-2023



Während die Reallöhne seit 2015 insgesamt stagnierten, stieg die Produktivität stetig an. Die Unternehmen verdienten somit pro Arbeitsstunde jährlich mehr.

Produktivitätswachstum

Bundesamt für Statistik, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 2013-2022, Index (2013=100)



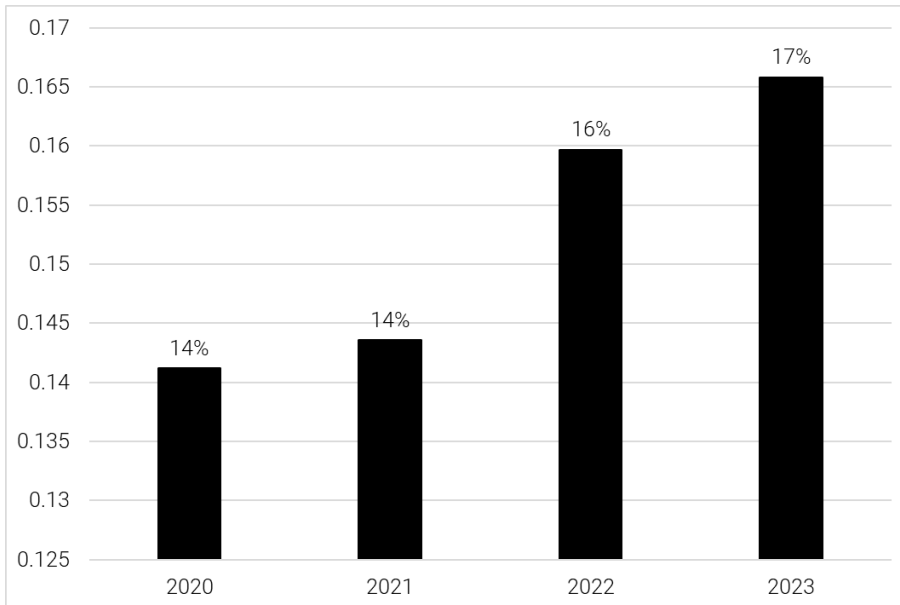
Zur Grafik: Die Produktivität wird durch das Bundesamt für Statistik erhoben. Für das Jahr 2022 wurde der Wert aus dem Bruttoinlandprodukt und der Arbeitsvolumenstatistik (AVOL) berechnet.

Daraus erklärt sich die Entwicklung der Unternehmensprofite nach der Pandemie. Während sie in der Pandemie noch sanken, stiegen sie im Jahr 2022 stark an. Dieser Anstieg setzte sich 2023 weiter fort. Während in den Jahren 2021 und 2022 die

Margen das Niveau vor der Pandemie zurückkehrten, erhöhten sie sich im Jahr 2023 über das Vor-Corona-Niveau. Somit zeigt sich im Jahr 2023 ein Überschreiten der Unternehmensgewinne.

Unternehmensgewinne im Verhältnis zu den Löhnen

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 2020-2023, jeweils 1. Quartal



Zur Grafik: Das Verhältnis zwischen Gewinnen und Löhnen wird berechnet aus dem Verhältnis der gesamten Lohnsumme («Compensation of employees») und den Unternehmensgewinnen («Net operating surplus») des Bruttoinlandprodukts.

Die Inflationsentwicklung der letzten drei Jahre kann somit in drei Phasen unterteilt werden.

2021 – Reallohnverlust finanziert steigende Importpreise und Erholung der Margen

Im Jahr 2021 führen sinkende Reallöhne und eine stark steigende Produktivität dazu, dass trotz deutlich höheren Importpreisen und einer beginnenden Erholung der Gewinne der Arbeitgebenden bzw. der Aktionäre das Preiswachstum sehr tief liegt.

2022 – Reallohnverlust finanziert hohe Importpreise und Rückkehr der Margen auf Niveau vor der Pandemie

Im Jahr 2022 führen deutlich höhere Importpreise vor allem für Energieträger sowie eine Rückkehr der Profite auf das Niveau vor der Pandemie dazu, dass das Preisniveau deutlich ansteigt. Die Reallöhne sinken trotz wachsender Produktivität. Die Lohnentwicklung dämpft dadurch die Preissteigerungen. Eine Lohn-Preis-Spirale ist weit und breit nicht zu sehen, im Gegenteil.

2023 – Reallohnverlust finanziert hohe Margen der Arbeitgeber, der Vermieter und der Banken

Im Jahr 2023 sinken die Importpreise deutlich, die Profite der Arbeitgeber bzw. Aktionäre steigen weiter an. Sie erreichen dadurch ein Niveau über demjenigen vor der Pandemie.

Einflussfaktor	2021	2022	2023
Inflation	0.6%	2.8%	2.2
Importpreise	5.1%	9.2%	-5% (Juni 2023)
Reallohn	-0.8%	-1.9%	-0.4%
Profite	2.1% (Anteil 14%)	11.1% (Anteil 16%)	3.75% (Anteil 17%)
Produktivität	1.7%	0.8%	

In den Jahren nach der Corona-Pandemie haben somit die Arbeitnehmenden die hauptsächlichen Kosten für höhere Energiepreise und die Erholung der Unternehmensgewinne getragen. Im Jahr 2023 erarbeiten sie nun mit weiter sinkenden Real-löhnen ein Überschreiten der Unternehmensgewinne.

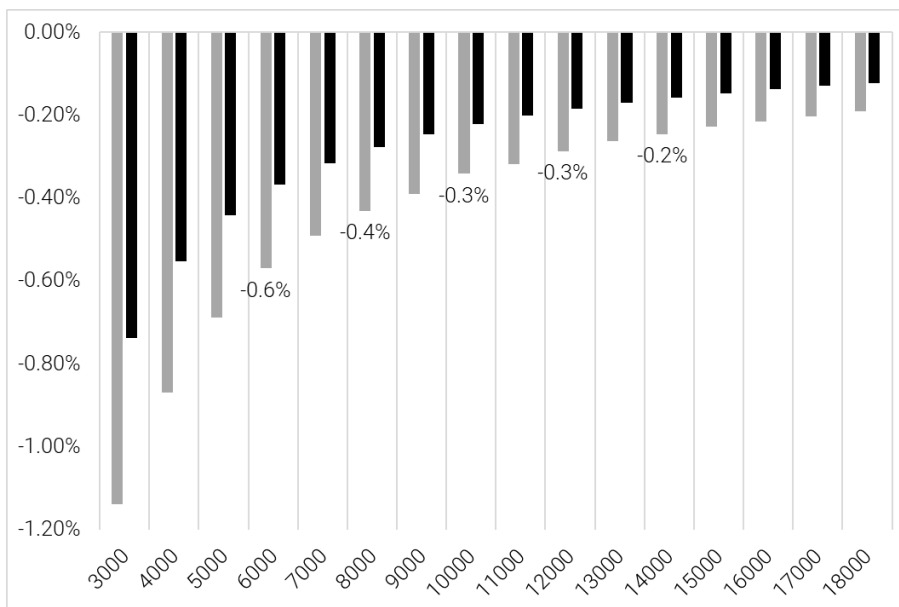
Effektive Entwicklung der Lebenshaltungskosten 2023 und 2024

Die Inflation erfasst nur einen Teil der höheren Lebenshaltungskosten. Insbesondere die stark steigenden Krankenkassenprämien, welche vom Konsumentenpreisindex nicht erfasst werden, führen zu deutlich höheren Lebenshaltungskosten. Diese betreffen Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen deutlich stärker. Dies weil die Kosten der Krankenkassenprämien weitgehend unabhängig vom Einkommen anfallen.

Die Erhöhung der Krankenkassenprämien um aktuell prognostizierte 6% im Jahr 2024 führen bei Arbeitnehmenden mit einem Einkommen von 5000 CHF zu einer Reduktion des Einkommens um 0.4%. Bei einer Familie mit einem Einkommen von 6000 CHF beträgt die Einkommensreduktion 0.6%.

Reduktion des Einkommens durch den Anstieg der Krankenkassenprämie nach Einkommen (Einzelperson = schwarz, Familie = grau) 2024

Bundesamt für Statistik (HABE), Berechnungen Travail.Suisse, Zunahme in %

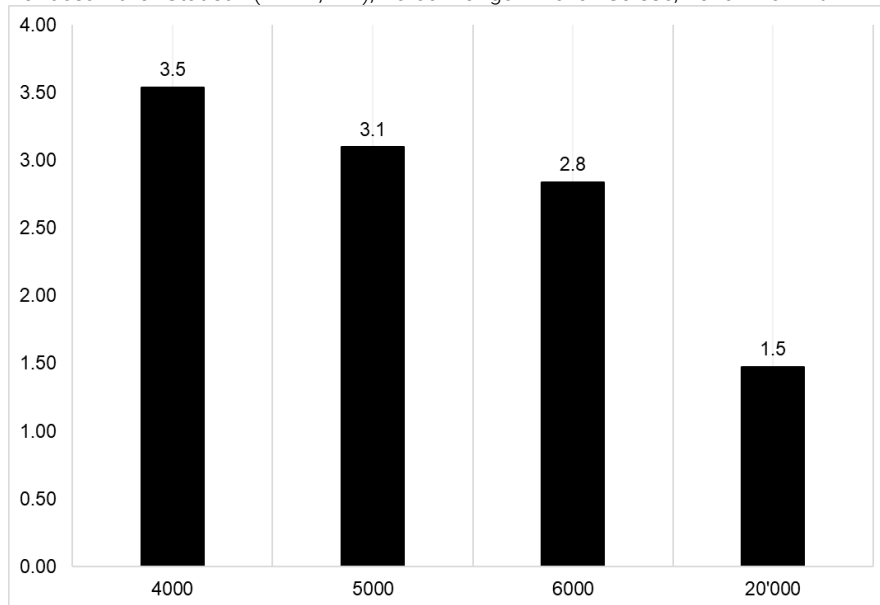


Neben den Kopfprämien für die Grundversicherung der Krankenkassen führen auch die prozentual deutlich höheren Ausgaben für lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen bei Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen zu einer höheren finanziellen Belastung. Während Haushalte mit hohen Einkommen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens sparen, fallen die Preissteigerungen bei Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen deutlich stärker ins Gewicht. Sie geben einen grossen Teil ihres Einkommens für teurer werdende Güter und Dienstleistungen aus.

Im Jahr 2023 steigen die Lebenshaltungskosten für Haushalte mit einem Einkommen von 4000 Franken dadurch um schätzungsweise 3.5%³, für Haushalte mit einem Einkommen von 6000 CHF um 2.8% und für Haushalte mit einem Einkommen von 20'000 Franken um schätzungsweise 1.5%.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach Einkommen 2023

Bundesamt für Statistik (HABE, LIK), Berechnungen Travail.Suisse, Zunahme in %



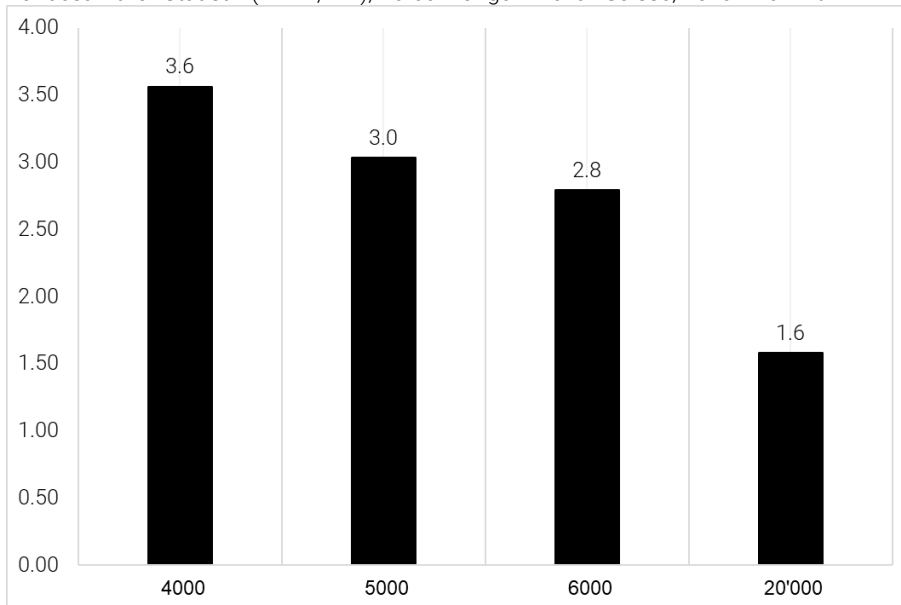
Zur Grafik: Für die Berechnung der Lebenshaltungskosten nach Einkommensklassen wird im Jahr 2023 von einer Inflationsrate von 2.2% ausgegangen. Die Zunahme der Krankenkassenprämien in der Grundversicherung beträgt durchschnittlich 6.6%.

³ Unter der Annahme, dass die höheren Kosten für die Krankenkassenprämien bei einem Einkommen von 4000 CHF vollständig durch Prämienverbilligungen aufgefangen werden, beträgt die Kostensteigerung in dieser Einkommenskategorie 2.7%.

Im Jahr 2024 setzt sich der Anstieg der Lebenshaltungskosten fort. Für Haushalte mit einem Einkommen von 4000 Franken dürften die zusätzlichen Kosten schätzungsweise 3.6% betragen⁴, für Haushalte mit einem Einkommen von 6000 CHF 2.8% und für Haushalte mit einem Einkommen von 20'000 Franken 1.6%.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach Einkommen 2024

Bundesamt für Statistik (HABE, LIK), Berechnungen Travail.Suisse, Zunahme in %



Zur Grafik: Für die Berechnung der Lebenshaltungskosten nach Einkommensklassen wird im Jahr 2023 von einer Inflationsrate von 2.2% ausgegangen. Dies entspricht der Prognose der Schweizerischen Nationalbank. Insbesondere steigende Preise für Wohnen, die Grundversicherung der Krankenkasse, sowie höhere Nahrungsmittelpreise erklären den weiteren deutlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die Zunahme der Krankenkassenprämien in der Grundversicherung wurde auf 6% geschätzt.

Die höheren Lebenshaltungskosten werden somit von der Inflationsrate nur ungenügend erfasst. Der wichtigste Grund dafür sind stark steigende Krankenkassenprämien, welche nicht durch den Preisindex erfasst werden. Diese zusätzlichen Kosten belasten insbesondere Haushalte mit mittleren Einkommen ohne Anspruch auf Prämienverbilligung stark. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmende wird somit sowohl 2023 wie auch 2024 deutlich über der Inflationsrate liegen. Die Krise der Kaufkraft setzt sich damit fort.

⁴ Unter der Annahme, dass die höheren Kosten für die Krankenkassenprämien bei einem Einkommen von 4000 CHF vollständig durch Prämienverbilligungen aufgefangen werden, beträgt die Kostensteigerung in dieser Einkommenskategorie 2.8%.

Medienkonferenz vom 17. August
«Kaufkraft stärken – Gewinne gerecht verteilen»
Lohnforderungen 2024

Historischer Reallohnverlust – die Kaufkraft muss gestärkt werden

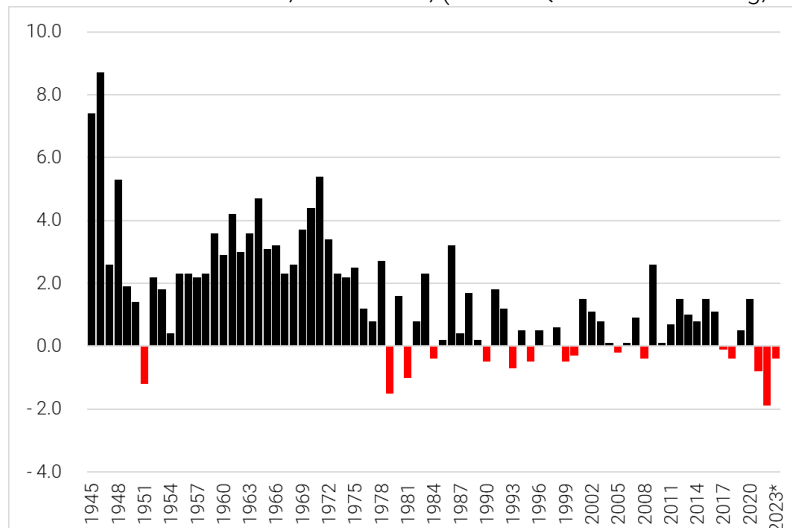
Redetext von Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik Travail.Suisse

Die Arbeitnehmenden in der Schweiz erleben derzeit zum ersten Mal in der Nachkriegszeit drei Jahre hintereinander Reallohnverluste. Damit sinken die Reallöhne unter das Niveau des Jahres 2015. Dies trotz stetig steigender Produktivität und anhaltend wachsenden Lebenshaltungskosten. Gegen die Krise der Kaufkraft braucht es zwingend Reallohnerhöhungen.

Die Schweizer Volkswirtschaft befindet sich seit drei Jahren im Aufschwung. Die Arbeitnehmenden aber, können sich immer weniger leisten. Seit drei Jahren sind die Reallöhne rückläufig. Das gab es in der gesamten Nachkriegszeit bisher nie. Der sich abzeichnende erneute Rückgang der Reallöhne im Jahr 2023 ist somit historisch.

Reallöhne – Wachstum zum Vorjahr in %

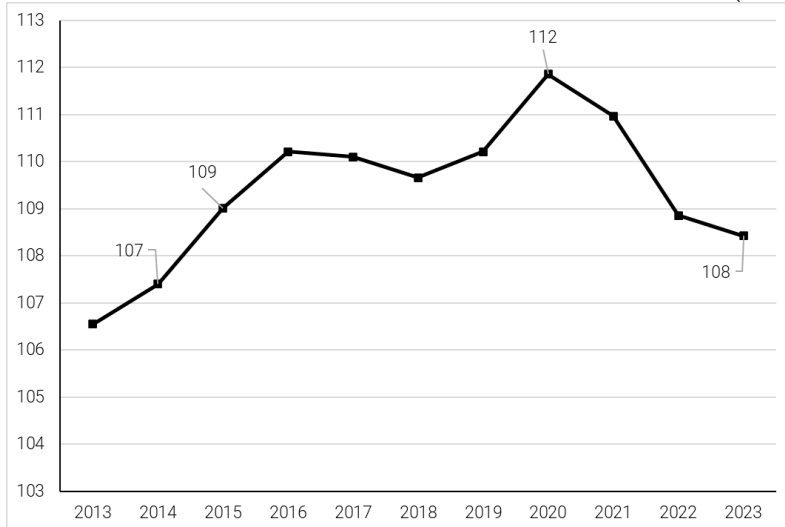
Bundesamt für Statistik, 1945-2023, (2023*=Quartalschätzung, Inflation 2.2%)



Die Reallöhne befinden sich als Folge der Rückgänge inzwischen auf dem Niveau des Jahres 2015.

Reallöhne Index 2013-2023

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Index (2003=100), 2013-2023



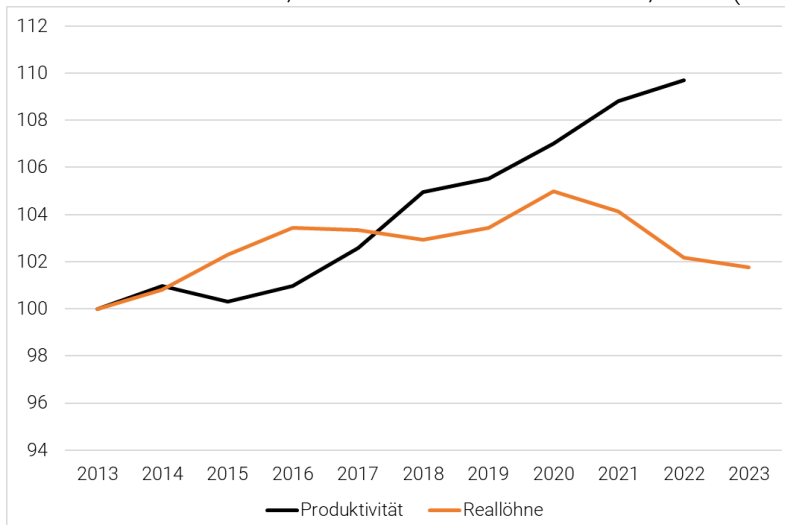
Aufschwung für die Arbeitgebenden

Vor allem während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Pandemie haben sich die Reallöhne der Arbeitnehmenden stark vermindert. «Es muss zuerst erarbeitet werden, was verteilt werden kann», wird von den Arbeitgebenden häufig gesagt. Wurde also im Aufschwung zu wenig erarbeitet? Erklärt sich die schwache Reallohnentwicklung dadurch, dass die Schweiz weniger produktiv geworden ist? Sind die Arbeitnehmenden faul und träge geworden?

Nein, die Produktivität ist in den letzten 10 Jahren um 10% gewachsen. Arbeitnehmende produzieren somit jedes Jahr durchschnittlich 1% mehr reale Wertschöpfung. Nur sind diese zusätzlichen Produktivitätsgewinne in den letzten drei Jahren nicht bei ihnen angekommen.

Reallöhne und Produktivität 2013-2023

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Nationalbank, Index (2013=100)



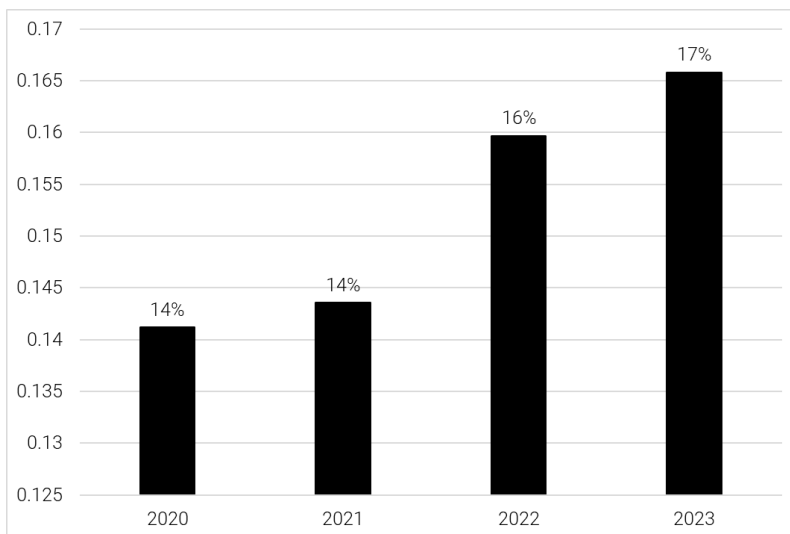
Ein Blick auf die drei Jahre nach der Pandemie zeigt, in welche Taschen die zusätzlichen Erträge geflossen sind:

- Im Jahr 2021 erholte sich die Schweiz rasch von der Pandemie. Das BIP-Wachstum betrug 4.2%. Die Produktivität stieg stark an und die Profite der Unternehmen erholten sich auf tiefem Niveau. Die Reallöhne aber sanken. Im ersten Jahr des Aufschwungs nach der Pandemie gingen die Erträge somit an die Arbeitgebenden.
- Im zweiten Jahr des Aufschwungs wuchs das reale BIP erneut deutlich um 2.1%. Allerdings stiegen auch die Energiepreise und die Arbeitgebenden konnten unter dem Vorwand hoher Kosten ihre Profite stark erhöhen. Die Reallöhne aber sanken erneut und zwar deutlich um fast 2%. Die Erträge im zweiten Jahr des Aufschwungs gingen somit an die in- und ausländischen Energieunternehmen und an die Arbeitgebenden in der Schweiz. Sie konnten ihre Profite dadurch auf das Niveau von vor der Pandemie anheben.
- Nun befinden wir uns im dritten Jahr des Aufschwungs. Die Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um etwa 1% wachsen. Die Profite der Unternehmen steigen weiter, während die Importpreise, also hauptsächlich die Energiekosten, rückläufig sind. Die Reallöhne aber dürften auch in diesem Jahr sinken. Die zusätzlichen Erträge gehen somit erneut an die Arbeitgebenden, welche ihre Profite inzwischen über das Niveau von vor der Pandemie anheben konnten.

Der Aufschwung nach der Pandemie war somit ein Aufschwung für die Arbeitgebenden und Aktionäre, mit finanziellen Verlusten für die Arbeitnehmenden.

Unternehmensgewinne im Verhältnis zu den Löhnen

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 2020-2023, jeweils 1. Quartal



Steigende Lebenshaltungskosten – Krankenkassenprämien und Mieten drücken zusätzlich

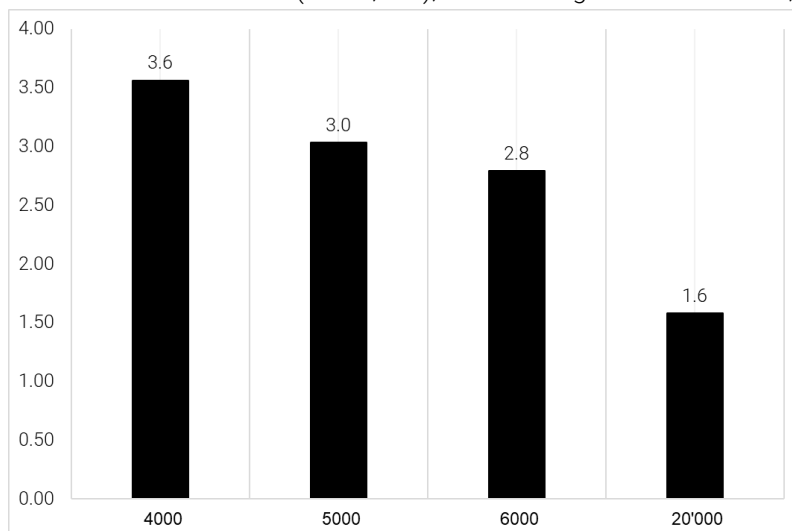
Die sinkenden Reallöhne zeigen aber nur eine Seite der Krise der Kaufkraft. Auf der anderen Seite verstärkt sich der Druck durch Kosten, welche nicht durch die Inflationsrate berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Krankenkassenprämien und die teilweise stark steigenden Mietpreise. Während die Reallöhne seit 2015 insgesamt stagniert haben, sind die Krankenkassenprämien in der Grundversicherung im gleichen Zeitraum um 23% gestiegen. Die prognostizierte Kostensteigerung von 6% im kommenden Jahr ist damit noch nicht berücksichtigt. Die wachsenden Kosten für die Krankenkassenprämien werden vom Konsumentenpreisindex nicht erfasst. Sie fallen zusätzlich ins Gewicht.

Etwas anders ist es bei den Mietpreisen. Sie werden grundsätzlich durch die Teuerung erfasst. Dies gilt jedoch nur für durchschnittliche Mietpreise. Diese haben aber vor allem für jüngere Arbeitnehmende, welche neu in eine Wohnung ziehen oder Arbeitnehmende, welche – beispielsweise aufgrund von Sanierungen – umziehen müssen, kaum Bedeutung. Für sie sind die Angebotsmieten entscheidend. Diese sind alleine in den letzten 12 Monaten um 3.3% gestiegen. Der Konsumentenpreisindex weist hingegen lediglich eine Steigerung von 1.3% auf. Die Kostensteigerung bei den Mieten liegt somit insbesondere für jüngere Arbeitnehmende deutlich über dem, was uns der Konsumentenpreisindex des Bundesamts für Statistik zeigt.

Travail.Suisse hat die zusätzlichen Lebenshaltungskosten für dieses und das nächste Jahr berechnet. Sie dürften bei Arbeitnehmenden mit tiefen und mittleren Einkommen in beiden Jahren jeweils um die 3% liegen. Damit sind sie vergleichbar mit den Zuwächsen bei den Lebenshaltungskosten im Jahr 2022. Dies vor allem deshalb, weil einerseits die Inflation weiterhin über 2% bleiben dürfte, andererseits, weil die Krankenkassenprämien deutlich stärker steigen.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten nach Einkommen 2024

Bundesamt für Statistik (HABE, LIK), Berechnungen Travail.Suisse, Zunahme in %



Die Forderung nach höheren Reallöhnen, welche unsere Verbände nachfolgend präsentieren werden, dienen somit nicht einfach dazu, den Arbeitnehmenden ein bisschen grosszügigere Ferien zu finanzieren oder einen besseren Staubsauger. Sie sind notwendig, um die höheren Kosten für Krankenkassen und teilweise auch für die Mieten finanzieren zu können.

Schluss: Arbeit muss sich lohnen

Die Krise der Kaufkraft setzt sich somit auch 2023 weiter fort. Aber diese Krise der Kaufkraft ist auch eine Krise der Arbeit. Über Jahre konnten Aktionäre und Immobilienspekulanten dank neuem Geld der Zentralbanken über die Finanzmärkte Milliarden abschöpfen, ganz ohne Wert zu schaffen. Mit den steigenden Zinsen und hohen Unternehmensgewinnen gehören erneut Aktionäre, Vermieter und Banken zu den Gewinnern. Erneut können höhere Einkommen in erster Linie über den Besitz und nicht über die Arbeit erwirtschaftet werden. Diese Entwicklung ist falsch und sie ist gefährlich. Wer arbeitet, schafft Wert und das soll auch finanziell anerkannt werden. Eine anständige Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen ist dafür unerlässlich.

Lohnforderungen der Journalist:innen

Es freut mich, bei den diesjährigen Lohnforderungen mit Ihnen beginnen zu können, sehr geehrte Medienschaffende. Folgende Lohnforderungen stellen wir im Namen von Impressum für die Medienbranche. Impressum verhandelt seit Jahren einen neuen GAV für die Journalistinnen und Journalisten für die Deutschschweiz und das Tessin und fordert in diesen Verhandlungen einen Mindestlohn von 5'863 CHF für angestellte Journalistinnen und Journalisten. Für freie Journalistinnen und Journalisten fordert Impressum ein Mindesthonorar von 610 CHF pro Tag. In diesem Jahr fordert Impressum zudem eine vollständige Anpassung der Löhne an die Teuerung.

Lohnforderungen für 2024

Kaufkraft stärken – Gewinne gerecht verteilen

Der Wirtschaft in der Schweiz geht es überraschend gut. Die Arbeitslosigkeit ist tief, in vielen Berufen besteht ein ausgeprägter Fachkräftemangel und das Wirtschaftswachstum hält weiter an. Leider spüren die Arbeitnehmenden davon im Portemonnaie nichts. Die steigenden Lebenshaltungskosten haben sie in den letzten zwei Jahren vielmehr ärmer gemacht. Es ist deshalb höchste Zeit für reale Lohnerhöhungen. Die Arbeitnehmenden wollen ihren gerechten Anteil am Kuchen. Syna fordert je nach Branche 3.5 bis 4.5 Prozent mehr Lohn.

Johann Tscherrig, Mitglied der Geschäftsleitung a. i., Syna

Allgemein

Trotz dem Krieg in der Ukraine, anhaltend hohen Energiepreisen, steigenden Zinsen und den immer deutlicher zu Tage tretenden Folgen der Klimakrise: Der Schweiz geht es in wirtschaftlicher Hinsicht erstaunlich gut. Die Arbeitslosigkeit ist tief, der Fachkräftemangel in vielen Branchen massiv. Gleichzeitig steigt die allgemeine Teuerung und mit ihr die Lebenshaltungskosten. Der Aufschwung nach der Corona-Pandemie hat die Arbeitnehmenden bisher ärmer gemacht. Neben den sinkenden Reallöhnen belasten nun zusätzlich markant steigende Krankenkassenprämien das Budget der Arbeitnehmenden.

Aus diesem Grund ist eine Erhöhung der Reallöhne gemäss den wirtschaftlichen Bedingungen der Branchen mehr als gerechtfertigt. Um die Kaufkraft zu stärken, fordert Syna neben dem Teuerungsausgleich, der die Teuerung und die höheren Kosten für die Krankenkasse umfasst, substanzielle Realloohnerhöhungen. Damit sollen die höheren Kosten ausgeglichen und die Leistungen der Arbeitnehmenden honoriert werden. Denn viele Menschen arbeiten bis zum Anschlag.

Unsere Lohnforderungen orientieren sich neben der Inflation, den Krankenkassenprämien und den Produktivitätsgewinnen auch an der vergangenen Lohnentwicklung in einer Branche. Dies erklärt die unterschiedlichen Forderungen in den einzelnen Branchen.

Ausbaugewerbe

Die Auftragsbücher sind voll: Malerinnen, Schreiner, Bodenlegerinnen, Gipser und andere, die dem Ausbaugewerbe angehören, haben viel zu tun. Auch 2023 weist das Ausbaugewerbe eine solide wirtschaftliche Substanz auf. Die Umsätze sind weiter gestiegen und nach wie vor sind die Investitionen hoch. Der Blick in die Zukunft zeigt, dass dies vorerst so bleiben wird. Die Preise, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation steigen, können von der Bauherrenschaft zu einem grossen Teil weitergegeben werden. Jedoch führt ein extremer Fachkräftemangel – neben Sparmassnahmen beim Personal – bei gleichzeitiger Kapazitätssteigerung zu massivem Druck und Stress bei der Arbeit.

Syna hat die verschiedenen Branchen aus dem Ausbaugewerbe unter die Lupe genommen: In denjenigen, in welchen der Kaufkraftverlust vor 2022 angepasst wurde, fordert Syna generell für 2023 einen vollen Teuerungsausgleich plus Lohnerhöhungen von mindestens 1%. In Branchen, in denen der Kaufkraftverlust 2022 nicht angepasst wurde, verlangt Syna einen vollen Teuerungsausgleich 2022 und 2023 plus Realloohnerhöhung von mindestens 1%.

Um die Kaufkraft zu stärken und die realen Verluste des Vorjahres zu kompensieren, fordert Syna eine Jahreslohnerhöhung von 3.5% bis 4.5% sowie eine allgemeine Mindestlohnerhöhung um 2.5%. Dies gilt auch für Branchen wie Gerüstbau, Beton und Ziegelindustrie, wo der volle Teuerungsausgleich gefordert ist.

Dienstleistungsbranchen

Gesundheitswesen

An der Situation hat sich wenig geändert: Nach wie vor steht das Gesundheitswesen stark unter Druck. Fachkräftemangel, Überlastung und schlechte Arbeitszeiten machen dem Personal zu schaffen. Mit schwerwiegenden Folgen: Denn das Gesundheitswesen ist nicht als Dienstleistung anzusehen, sondern als unabdingbaren Auftrag an die Gesellschaft. Wie letztes Jahr stellt Syna fest: Die Löhne im Gesundheitswesen sind strukturell noch immer zu tief. Ebenso erlauben die strengen Arbeitszeiten kaum eine Anstellung zu 100%, was einen direkten Einfluss auf das monatliche Einkommen hat.

Um den Pflexit zu stoppen – sprich das Abwandern des Personals –, braucht es mehrere Massnahmen: Neben kräftigen Lohnerhöhungen muss endlich etwas unternommen werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das Stimmvolk hat mit der Annahme der Pflegeinitiative hierzu ein deutliches Zeichen gesetzt und seinen Willen diesbezüglich ausgedrückt. Nun ist es an den Kantonen, diesen entsprechend umzusetzen. Kurzum: Weiterbildung und Arbeitsbedingungen müssen nachhaltig verbessert werden.

Syna fordert einerseits den Teuerungsausgleich von ungefähr 2.5% in der gesamten Branche andererseits eine generelle Realloohnerhöhung von 2%. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, muss der Flexibilität der Arbeitszeiten Rechnung getragen werden. Des Weiteren fordert Syna eine hundertprozentige Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen (GAV) im Gesundheitswesen.

Detailhandel

Da im Jahr 2022 keine Einigung erfolgte, verlangt Syna bei Coop den vollen Ausgleich der Teuerung 2022 und 2023 plus zusätzlich eine Realloohnerhöhung von mindestens 1%. Das ergibt insgesamt eine Erhöhung der Löhne um 4 bis 5%. Lidl indes weist einen guten Abschluss vor. Hier fordert Syna den vollen Teuerungsausgleich.

Sicherheitsbranche

Die Verhandlungen rund um den GAV Sicherheit sind in vollem Gange. Der Gesamtarbeitsvertrag legt die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmende beispielsweise im Bereich der Bewachung, beim Objekt- und Personenschutz, der Gepäckkontrolle am Flughafen oder bei der privaten Verkehrsregelung fest. Anpassungen an diesem Gesamtarbeitsvertrag sind längst überfällig. Unregelmässige Arbeitszeiten und unstetige Arbeitsorte gehören in den Sicherheitsberufen zum Alltag. Gleichzeitig sind die Herausforderungen im Bereich der Sicherheit stetig gestiegen. Syna fordert eine Anhebung der Mindestlöhne auf mindestens 4500 Franken mal 13.

Industrie

Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM), Chemie- und Pharmaindustrie

Die Lohnverhandlungen für das Jahr 2022 haben in den meisten Fällen zu Ergebnissen geführt: Es resultierten Lohnerhöhungen zwischen 2 und 2.8%. Erstmals seit Jahren setzten in dieser Branche viele Arbeitgebende zumindest teilweise wieder auf generelle Lohnerhöhungen. Dieses Vorgehen ist richtig und wichtig, da nur so die Kaufkraft aller Arbeitnehmenden erhalten werden kann.

Die Unsicherheiten durch Corona, den Ukraine-Krieg und die damit verbundene Energiekrise scheinen in dieser Branche mehrheitlich überwunden. Die Wirtschaft hat sich wieder erholt. Es ist nun an der Zeit, den Mitarbeitenden eine faire Lohnerhöhung zukommen zu lassen. Bei Unternehmen mit grösserer Finanzkraft müssen nun endlich markantere Lohnerhöhungen möglich sein.

Syna fordert in der MEM-Industrie sowie in der Chemie- und Pharmaindustrie eine generelle Lohnerhöhung von total 3.5 bis 4%. Insbesondere soll darauf geachtet werden, die Teuerungsrate bei allen Mitarbeitenden auszugleichen.

Uhrenindustrie

In der Uhrenindustrie fordert Syna den vollen Teuerungsausgleich sowie – abhängig von der jeweiligen Situation der Unternehmung – eine Realloohnerhöhung von 1 bis 2%.

Fazit

Die Unternehmen verdienen gut und sie suchen händeringend nach Leuten. Die Arbeitnehmenden sind da und arbeiten bis zum Anschlag. Die ausserordentlich hohe Teuerung muss dringend ausgeglichen werden. Arbeitnehmende sind nicht mehr bereit, auf die wichtigen und vor allem absolut verdienten Lohnerhöhungen zu verzichten.

Weitere Auskünfte:

Johann Tscherrig, Leiter Interessens- und Vertragspolitik, 079 611 70 26

Bern, den 17. August 2023

Medienkonferenz Travail.Suisse – Greta Gysin, Präsidentin transfair
Es gilt das gesprochene Wort.

DIE KAUFKRAFT DER ANGESTELLTEN DES SERVICE PUBLIC MUSS ERHALTEN WERDEN

Die Prognosen für die durchschnittliche Jahresteuern 2023 belaufen sich erneut auf über 2 Prozent. Dies, nachdem das Jahr 2022 mit einer Teuerung von 2,8 Prozent abgeschlossen hatte. Auch wenn die Lohnresultate im Service Public letztes Jahr mehrheitlich zufriedenstellend ausfielen, konnte die Teuerung in keiner Branche vollständig ausgeglichen werden. Deshalb lautet die Forderung von transfair: Die Teuerung 2023 muss ausgeglichen und die Reststeuerung 2022 nachvergütet werden.

Die Schweiz befindet sich für ihre Verhältnisse weiterhin in einem Teuerungshoch. Nach einer durchschnittlichen Jahresteuern von 2,8 Prozent 2022, belaufen sich die Prognosen für 2023 erneut auf eine Teuerung von über 2 Prozent. Es bleibt damit finanziell düster und das Leben wird weiter teurer in der Schweiz. Dies bekommen auch die Angestellten des Service Public zu spüren. Insbesondere die Mietzinsanstiege, aber auch die endlos ansteigenden Krankenkassenprämien reissen Löcher in die Portemonnaies.

transfair verhandelte letztes Jahr zu grossen Teilen zufriedenstellende Lohnresultate in seinen Branchen, die Teuerung wurde jedoch in keiner Branche vollständig ausgeglichen. Damit spitzt sich die finanzielle Situation der Angestellten des Service Public weiter zu. Und das, obwohl die Anforderungen an die Mitarbeitenden steigen: Dauernde Reorganisationen, der Fachkräftemangel sowie diverse Sparmassnahmen führen zu einer zunehmenden Arbeitslast. Mehr Stress und mehr Arbeit, ohne dass als Grundlage die Teuerung ausgeglichen und damit die Kaufkraft der Mitarbeitenden erhalten wird, ist für transfair nicht tragbar. Deshalb liegt dieses Jahr der Fokus in den Lohnverhandlungen klar auf dem Erhalt der Kaufkraft der Angestellten des Service Public und somit auf dem vollständigen Teuerungsausgleich.

Post/Logistik: Die Teuerung im Fokus

Für generelle und individuelle Lohnmassnahmen wurden bei der Post für 2023 insgesamt 2,5 Prozent verhandelt. Die tieferen und mittleren Lohngruppen profitierten von höheren generellen Lohnerhöhungen, während bei den höheren Einkommen mehr Mittel für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung standen.

Das Geschäftsergebnis 2022 zur Halbzeit der Strategie «Post von morgen» zeigt durchaus robuste Werte. Das Betriebsergebnis der Post liegt mit 358 Millionen Franken zwar unter demjenigen des starken Vorjahres, dies ist aber vor allem auf die Krisen der letzten Jahre zurückzuführen. Bemerkbar macht sich das bei den schwankenden Paket- und Briefmengen. Deshalb ist es transfair ein Anliegen, die Post nicht unverhältnismässig zu belasten und realistische Lohnforderungen aufzustellen. Im Fokus steht, die gestiegenen Kosten der Mitarbeitenden, insbesondere die Anstiege bei den Mieten und Krankenkassenprämien, zu kompensieren.

Die Mitarbeitenden der Post beweisen täglich ihr unermüdliches Engagement unter teils harten Arbeitsbedingungen. Dies, obwohl sie den finanziellen Druck des Unternehmens in gewissen Bereichen direkt zu spüren bekommen. Sei es die mangelnde Planungssicherheit bei Logistik-Services, die unter anderem für die Logistik von Briefen, Zeitungen sowie Paketen zuständig sind oder der gestiegene Leistungsdruck bei PostNetz in den Filialen der Regionen.

transfair fordert deshalb in seiner Branche Post/Logistik den Ausgleich der Teuerung.

ICT: Von guten Geschäftsergebnissen sollen auch die Mitarbeitenden profitieren

2023 erhöhte Swisscom die Lohnsumme um insgesamt 2,6 Prozent, mit einem generellen Anteil von 1,3 Prozent. Der Rest wurde für individuelle Lohnerhöhungen verwendet. Tiefere Einkommen erhielten einen höheren Anteil der Lohnsumme als Angestellte mit höheren Einkommen.

Während transfair eine solidarische Verteilung der Lohnsumme begrüsst, war der generelle Anteil mit 1,3 Prozent bei einer Jahresteuern von 2,8 Prozent eindeutig zu tief. Dies insbesondere in Anbetracht der wiederholt positiven Geschäftsergebnisse der Swisscom. Der Jahresbericht 2022 weist einen Zuwachs bei Umsatz, EBITDA sowie Reingewinn aus und auch der Ausblick für 2023 stimmt zuversichtlich.

Und dennoch waren die Lohnmassnahmen für 2023 eher bescheiden. Das soll sich 2024 nicht wiederholen. Denn gerade in der ICT-Branche müssen Arbeitgebende besonders attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, um weiterhin gute Arbeitskräfte anzuziehen. Stellen können bereits jetzt länger als üblich nicht neu besetzt werden, weshalb die Mitarbeitenden mehr Aufgaben übernehmen müssen. Diese Belastungen spitzen sich durch den ständigen Anpassungsdruck aufgrund der Digitalisierung und Reorganisationen noch zu. transfair erscheint es bei diesen Mehrbelastungen und guten Geschäftsergebnissen nur fair, die Mitarbeitenden am Erfolg des Unternehmens teilhaben zu lassen und sie mit einer entsprechenden Lohnerhöhung wertzuschätzen.

transfair fordert deshalb in seiner Branche ICT als Grundlage den Teuerungsausgleich 2023 inklusive der Reststeuerung 2022.

Öffentliche Verwaltung: Nicht auf Kosten des Personals sparen

Im Voranschlag 2023 budgetierte der Bund für den Teuerungsausgleich 2 Prozent. Aufgrund der hohen Teuerungsprognosen 2022, einigten sich die Sozialpartner und Alt-Bundesrat Ueli Maurer schliesslich auf einen Teuerungsausgleich von 2,5 Prozent. Für die Differenz von 0,5 Prozent musste im Parlament ein Nachtragskredit beantragt werden. Diesen hat das Parlament in der Sommersession versenkt. Nun müssen die 0,5 Prozent von den Ämtern selbst finanziert – sprich erspart – werden, was den Druck auf das Personal weiter erhöht. Verschlimmert wird die Situation aufgrund der finanziellen Lage des Bundeshaushalts. Für 2022 wies der Bund ein Minus in Milliardenhöhe aus. Um das bestehende strukturelle Defizit zu tilgen, spart der Bund unter anderem beim Personal. Geplant sind Sparmassnahmen bei Personal- und Sachkrediten in der Höhe von 0,5 Milliarden, was zu Kürzungen von 2 Prozent führt.

Das Bundespersonal leistet damit immer mehr mit weniger Ressourcen und das Finanzdepartement zeigt sich immer weniger bereit, die Teuerung auszugleichen. So kann es nicht weitergehen: Der Teuerungsausgleich galt beim Bund stets als Grundlage eines guten Arbeitgebenden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und der anstehenden hohen Pensionierungszahlen, muss auch die Bundesverwaltung weiterhin attraktiv bleiben.

Deshalb fordert transfair für 2024 in der Bundesverwaltung und im ETH-Bereich den Teuerungsausgleich 2023, sowie den Ausgleich der ausstehenden Teuerung des Vorjahres.

Öffentlicher Verkehr: Finanzielle Lage bleibt angespannt

transfair einigte sich im letzten Jahr mit der SBB und SBB Cargo auf eine Erhöhung der Lohnsumme um total 3,3 Prozent. Davon setzten SBB und SBB Cargo 1,8 Prozent für generelle und 1 Prozent für individuelle Lohnerhöhungen ein. 0,5 Prozent erfolgten in Form von Einmalprämien. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der SBB, unter anderem wegen steigenden Energiekosten und einem immer noch reduzierten Fahrgastaufkommen, zeigte sich transfair mit dem Ergebnis zufrieden.

Gemäss Angaben der SBB hat sich die Situation nun aber etwas entspannt und es reisen wieder deutlich mehr Personen mit dem Zug, was die Einnahmen stärkt. Zudem hat transfair die Preiserhöhungen im öV zur Kenntnis genommen, welche zum Teil mit den steigenden Lohnkosten begründet werden. Bedauerlicherweise steht diesen Lichtblicken eine geplante Kürzung des Bundes bei den Abgeltungen im regionalen Personenverkehr ab 2024 gegenüber, was für transfair inakzeptabel ist. Auch wenn sich die finanzielle Lage nur langsam entspannt, sind es am Ende des Tages die Mitarbeitenden, die den öV mustergültig betreiben. Denn die Kundenzufriedenheit und die Pünktlichkeit sind weiterhin sehr gut. Damit das auch so bleibt, müssen die Mitarbeitenden die Wertschätzung erfahren, die ihnen leider nicht immer entgegengebracht wird: Belästigungen, Bedrohungen und Tätlichkeiten verharren auf hohem Stand. Zusätzlich belastet werden die Mitarbeitenden aufgrund der sich teilweise häufenden langen Dienstschichten.

Unter Berücksichtigung aller Faktoren fordert transfair von den öV-Unternehmen grundsätzlich den Teuerungsausgleich 2023 sowie die Nachgewährung der Reststeuerung 2022. Zusätzlich sind notwendige Mittel für die Alimentierung der Lohnsysteme vorzusehen.

Zusammenfassend steht für transfair bei den diesjährigen Lohnverhandlungen klar der vollständige Teuerungsausgleich im Zentrum, um die Kaufkraft der Angestellten des Service Public zu erhalten.

Für weitere Informationen:

Greta Gysin, Präsidentin von transfair, 079 409 33 10.

Medienkonferenz 17.8.2023

Lohn-Abschluss im Gastgewerbe. Es gibt mickrige fünf Franken mehr

Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen wurden die Lohnverhandlungen im Gastgewerbe bereits abgeschlossen. Das Resultat ist ernüchternd: neben dem Teuerungsausgleich erfolgt auf den Mindestlöhnen eine Reallohnerhöhung von 5 Franken. Dies reicht gerade mal für einen Kaffee mehr pro Monat.

Jahr für Jahr verhandeln die Sozialpartner der Branche über eine Anpassung der Mindestlöhne. Es sind dies auf Arbeitnehmerseite die Hotel & Gastro Union, die Gewerkschaften Syna und Unia sowie auf der Arbeitgeberseite GastroSuisse, HotellerieSuisse und die Swiss Catering Association.

Das Ergebnis nach den diesjährigen Verhandlungstagen ist ernüchternd: Die Mindestlöhne im Gastgewerbe steigen im Jahr 2024 gemäss der Teuerung auf Basis der Prognose der durchschnittlichen Jahreststeuerung gemäss Seco vom September 2023 und zusätzlich real um fünf Franken pro Monat auf jeder Lohnstufe. Diese Reallohnerhöhung reicht gerade mal für einen Kaffee mehr im Monat.

Die Arbeitgeber verkennen damit auch weiterhin die Situation und Mitursache des Personalmangels in der Branche: Nämlich das tiefe Lohnniveau. Mit tiefen Löhnen dreht man weiter an der Abwärtsspirale: Tiefe Löhne sind der wichtigste, wenn auch nicht der einzige Grund dafür, dass die Mitarbeitenden die Branche verlassen und immer weniger Nachwuchs sich für das Gastgewerbe begeistern lässt. Wir fordern GastroSuisse deshalb erneut dazu auf, die mittlerweile über vier Jahre andauernde Gesprächsverweigerung über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag aufzugeben und sich mit uns aktiv gegen den Personalmangel zu engagieren und unsere Forderungen endlich umzusetzen. Um wieder konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt zu werden braucht es:

- eine bessere Ausbildung der Mitarbeiter und Arbeitgeber,
- eine wertschätzende Führungskultur der Arbeitgeber,
- eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit durch attraktive Arbeitszeiteinteilungen und verlässliche Dienstpläne
- und zuletzt generelle Lohnerhöhungen auf allen Stufen

Diese Forderungen unterstützen bereits über 16'000 Berufstätige aus dem Gastgewerbe, welche unsere Unterschriftensammlung «Gemeinsam gegen Personalmangel» unterzeichnet haben.

Nach den Verhandlungen gibt es aber auch Positives zu vermelden: Das gemeinsam mit allen Sozialpartnern im Jahr 2010 initiierte Aus- und Weiterbildungsprojekt unseres Gesamtarbeitsvertrages läuft weiter. Dieses finanziert derzeit 48 branchenspezifische Weiterbildungsangebote wie beispielsweise eine Berufsprüfung, eine höhere Fachprüfung oder Sprachkurse und vergütet zudem für einen Grossteil der Kurse Lohnkostenersatz an die Betriebe. Dies ist ein kleiner Lichtblick in einer weiteren ernüchternden Verhandlungsrunde und beweist, dass eine Zusammenarbeit für die Zukunft der Branche zielführender ist als weitere Gesprächsverweigerungen.

[Jetzt gegen Personalmangel unterschreiben! \(gegen-personalmangel.ch\)](http://gegen-personalmangel.ch)

Informationen:

Roger Lang, Leiter Rechtsdienst und Sozialpolitik der Hotel & Gastro Union, Tel.: 079 716 79 64
roger.lang@hotelgastrounion.ch